

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 569. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

Druck und Verlag von Ciro Thiele in Halle a. S.

Mittwoch, 4. Dezember 1912.

Der Waffenstillstand abgeschlossen!

Endlich ist nun der Waffenstillstand abgeschlossen. Eine amtliche Depesche aus Konstantinopel meldet uns das vollzogene Ereignis, auf das schon in den letzten Tagen wiederholt geteilt wurde. Aus dem Waffenstillstand wird höchstwahrscheinlich der Frieden herorgehen, der der nun schon seit einigen Wochen andauernden provisorischen Waffenruhe ein endgültiges Ende bereitet. Im übrigen ist die Lage im Hinblick auf die Situation zwischen Serbien und Oesterreich ebenso ungeklärt wie in den letzten Tagen.

Der Waffenstillstand.

Der Waffenstillstand ist zwischen der Türkei und Bulgarien, Serbien und Montenegro unterzeichnet worden.

Wie das Neuterliche Bureau erfährt, sind die türkischen Bedingungen für den Waffenstillstand weit umfangreicher, als die telegraphischen Berichte es zum Ausdruck bringen. Zunächst verlangt die Türkei nicht nur das Recht, alle belagerten Festungen zu verproviantieren, sondern ebenso alle in Makedonien oder sonstwo stehenden türkischen Truppenkörper und die türkische Bevölkerung in den verwickeltesten Landesteilen. Desgleichen verlangt die Türkei das Recht, durch das Adriatische und Ionische Meer Neuterritorien unter ihrem Geleit zu befördern. Wie das Neuterliche Bureau weiter erfährt, wird von griechischer Seite erklärt, man sei nicht in der Lage, Bedingungen zuzustimmen, die es der Türkei ermöglichen, irgendwelche Vorräte anzuhäufen. Griechenland habe Bulgarien wiederholt drei Divisionen frischer Truppen zur Verhinderung der Thakalibah-Armee angeboten, aber Bulgarien habe bisher noch nicht geantwortet. Die Türkei habe in letzter Zeit, kurz vor Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand, dreimal versucht, Griechenland dem Balkanbündnis abzutreten zu machen, das Ansuchen sei aber — entristet zurückgewiesen worden. Die Teilnahme Griechenlands am Kriege sei nicht auf Landoperationen beschränkt geblieben, Griechenland habe sich vielmehr ein entscheidendes Rollen im Kriege gespielt, da sie die Türkei daran gehindert habe, ihre besten Truppen von Kleinasien nach Europa zu bringen, und auch den Eisenbahnverkehr durch Abschneiden der Kohlenzufuhr lahmgelegt habe.

Im Saloniki.

Dem „Tems“ wird aus Athen gemeldet, daß der Bericht des bulgarischen Generals Theodorow über die Unterwerfung der türkischen Besatzung von Saloniki in griechischen Kreisen lebhaftes Befremden herorgehen habe. Es sei bekannt, daß die Türken sich erst ergaben, nachdem der griechische Kronprinz Vasil mit Normarkat gezogen habe und seine Vorhut bereits mit türkischen Truppen in Fühlung getreten war. Unbegreiflich sei es, daß die Bulgaren an 60 000 Mann von ihrer thrazischen Armee nach Saloniki geschickt hätten, wo ihre griechischen Verbündeten keinerlei Verstärkung bedürften. Die 60 000 Mann wären vor Adrianopel und Thakalibah notwendiger gewesen, wo sie zu einem reichen Erfolg der bulgarischen Offensive beigetragen hätten.

Die Belagerung von Sütari.

Seit gestern nachmittag ist Sütari ununterbrochen durch große Belagerungsgeschütze bombardiert worden. Dies ist der heftigste Ansturm, den die Festung bisher zu erleiden gehabt hat. Das Wetter ist zurzeit sehr schlecht. Nach aus informierter Quelle sollen die türkischen Truppen in Sütari und auf dem Tarabotberge sich an der Grenze ihrer Widerstandsfähigkeit befinden. Infolgedessen haben die Montenegriner das schwerste Belagerungsgeschütz nach Sütari gebracht, um die Verdrängung der Festung zu forcieren.

Streit zwischen Bulgaren und Griechen wegen der Einnahme von Saloniki.

Der „Tems“ veröffentlicht über die Saloniktage folgende offenbar unparteiische Darstellung aus Athen: Wenn die Bulgaren in dem kritischen Augenblick des Falles der Stadt Saloniki so nahe waren, wie sie behaupten, hätten sie nicht daran verhandelt werden können, an der Seite der Griechen mitzukämpfen. In Wahrheit sind die Bulgaren viel später nach Saloniki gekommen, ohne auf türkische Truppen getroffen zu sein. Die Griechen allein haben also die türkische Armee besiegt. Erst nach der Niederlage der Türken durch die Griechen bei Jenidje ist die Stadt gefallen. Infolgedessen hätten die Griechen allein alle Rechte, die Unterwerfung der Stadt anzunehmen sowie die Uebergabe der Armee, die von den Griechen geschlagen und verfolgt war. Diese Ehre und diese Vorteile kamen uns nicht allein deshalb zu, weil wir als erste eintrafen, sondern die Einnahme von Saloniki ist auch die Krönung der griechischen Erfolge seit Beginn des Krieges. Wenn die Bulgaren 60 000 Mann von der thrazischen Armee losgelöst haben, um nach Saloniki zu marschieren, so war dies absolut nicht notwendig. Diese bulgarischen Truppen hätten viel besser vor Adrianopel und an der Thakalibahlinie verwendet werden können, um die Bulgaren alle Ueberläufer, so schnell wie möglich einen Erfolg zu erringen.

Der Dank der Albanen in Italien an die österreichische Regierung.

Der Präsident des italienisch-albanischen Zentralkomitees, Francesco Mauro, hat, wie die „Politische Korrespondenz“ aus Neapel meldet, an den Grafen Berchtold folgendes Telegramm gerichtet: „Die Albanen in Italien, die zu einer feierlichen Versammlung zusammengetreten sind, brüden ihren Dank für die Verdienste der österreichisch-ungarischen Regierung um die Unabhängigkeit des Mutterlandes dieser Albaner aus, die ein Triumph des Völkerr Rechtes sowie ein Interpass des Balkanfriedens und des internationalen Gleichgewichts ist.“

Eisenbahnbau in unseren Kolonien.

Der Eisenbahnbau in den afrikanischen Schutzgebieten im Jahre 1912 hat nach einer Zusammenstellung im „Deutschen Kolonialblatt“ recht erfreuliche Resultate zu verzeichnen. In Ostafrika ist die bereits im vorigen Jahre vollendete Nordbahn Anfang Februar feierlich eingeweiht und in voller Ausdehnung von Tanga bis Mombasi am Kilimanjaro mit 332 Kilometer Gesamtlänge dem Betrieb übergeben worden. Ferner wurde die von Dar-es-Salaam ausgehende Mittellandbahn, deren Gleislänge Ende Februar 1912 Tabora erreichte, am 1. Juli 1912 mit einer Gesamtlänge von Dar-es-Salaam bis Tabora 847 Kilometer, dem öffentlichen Verkehr übergeben. Die Weiterführung der Bahn zum Zanzanijah-See nach Niqoma in der Länge von 413 Kilometer ist in fortiger Ausführung begriffen. Das erste Drittel der Neubaustraße ist bereits überdritten. Der Zanzanijah-See soll voraussichtlich Anfang des Jahres 1914 bei Niqoma erreicht werden, und zwar eher als die belagerten Bohimbahnen westwärts den See treffen. Bei dem flotten Vortempo ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Gleislänge den Zanzanijah eher als vorgezogen erreicht. Die Arbeiten zum Umbau und zur Verbesserung der Stammstrecken der Nordbahn und der Mittellandbahn sind in Angriff genommen.

In Kamerun hat die Mittellandbahn wegen der überaus schwierigen Gelände- und Arbeiterverhältnisse und der zahlreichen Bauwierigkeiten an den Stromübergängen nur beschränkte Fortschritte zu verzeichnen. Immerhin konnte Mitte April der vorläufige Eisenbahnbetrieb von Douala bis zum Sangha-Nordarm westlich Oba aufgenommen werden. Die weiteren Bauarbeiten nehmen ihren Fortgang.

In Togo befindet sich die Eisenbahnbauarbeiten zurzeit auf die Herstellung eines ca. 4 Kilometer langen Stichgleises der Hinterlandbahn bis nach Abakame. Der schwere Schaden, der dem Zugbetrieb durch den Einsturz des mittleren Teiles der Sandunnsbrücke von Lome am 17. Mai 1911 widerfuhr, ist inzwischen durch den Bau einer Notbrücke behoben worden, so daß der regelmäßige Reich- und Lokbetrieb seit dem 1. November 1912 wieder aufgenommen werden konnte.

In Südwestafrika wurde die Neubaustraße Windhof-Neelmannsdorf, die sogenannte Nord-Südbahn Anfang März 1912 mit 206 Kilometer Gesamtlänge dem vorläufigen Betrieb übergeben. Seitdem befrachtet sich die Bauartigkeit auf die Fertigstellung der Restarbeiten auf dieser Linie und auf der im August 1911 vollendeten Umgehungsstraße Karibib-Windhof, deren Schmalspur in Kapspur umgebaut wurde. Am 1. April 1912 wird der einbahnige Betrieb auf dem genannten Umfah- und Nebenlinien voraussichtlich in voller Ausdehnung eröffnet werden.

Es wurden demnach im Jahre 1912 in Betrieb genommen: In Ostafrika 134 Kilometer der Mittellandbahn, in Kamerun 81 Kilometer der Mittellandbahn, in Südwestafrika 195 Kilometer der Nord-Südbahn, zusammen 410 Kilometer. Des ist auf 3457 Kilometer Betriebslänge Ende des Jahres 1911 ein Zuwachs von 11,8 v. H. Nach Beendigung der Bewilligten und in der Ausföhrung begriffenen Bahnbauten werden unsere afrikanischen Kolonien über Betriebsstrecken von ca. 4560 Kilometer Gesamtlänge verfügen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 3. Dezember 1912.

Am Regierungstisch: Minister v. Breitenbach.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Waldow eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr, und teilte mit, daß er vorbestimmt der nachträglichen Zustimmung des Hauses, entgegen der Tagesordnung, als ersten und zweiten Punkt derselben den Kommissionsbericht über Petitionen wegen der Störungen im Eisenbahnbau vorzulegen und die Interpellation des Abg. König (Zentr.) wegen der Sperrung des Eisenbahngüterverkehrs auf dem linken Niederrhein auf die Tagesordnung gesetzt habe.
Das Haus war mit dem Vorschlag des Präsidenten einverstanden.
Die Kommission beantragte die Überweisung der eingegangenen Petitionen an die Regierung als Material.
Die Abg. Dr. Heindl-Wandstedt (Freiw.) und Genossen be-

antragten, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Berichterstatter Abg. Hirsch-Effen (Natl.): Die in einer Petition beantragte Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission erwirkt sich, weil ihr Zweck durch die am 23. November in Offen festgesetzte Konferenz im wesentlichen erreicht ist. Der Minister hat an dieser Konferenz teilgenommen und weitere Aufschlüsse gegeben. Der Minister hat sich bereit erklärt, an einem bestmöglichen Ausbau der Bahnanlagen mitzuwirken. Das seit 1907 bei der Ausgestaltung unserer Bahnanlagen befolgte System hat den Nachschlag zeitig, der Werte und Arbeiter gleichmäßig trifft und mit 50 Millionen nicht zu hoch geschätzt ist. Ich möchte Ihnen die Annahme unseres Beschlusses empfehlen.

Auf die Anfrage des Präsidenten erklärte sich der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der letzteren nahm darauf Abg. Dr. König-Crefeld (Zentr.) das Wort:

Die Verkehreshemmnisse hat sich auf dem linken Rheinufer geradezu zu einer Katastrophe entwickelt und die Staatsbahnverwaltung hat vier Tage lang die Annahme von Gütern sowohl nach dem linken Rheinufer als nach den Nachbarrändern Belgien, Frankreich, Holland insbesonderen müssen. Wir ersuchen die Deutlichkeit hat sich gerade auf dem linken Rheinufer gezeigt, daß die Schienenwege auch nicht einmengen für den gegenwärtigen Verkehr ausreichen. Man hat den Ausfall, den der Bergismus allein erleidet, auf 20 Millionen geschätzt; daran läßt sich ersehen, in welcher hohen Maße die Industrie geschädigt ist. Im Herrenhause sind schon Beschwerden nach dieser Richtung hin vorgebracht worden. Sogar über den Ausfällen an Arbeitslohn wäre es doch zweckmäßig gewesen, zu der Konferenz in Offen auch einen Arbeitervertreter hinzuzuziehen. Wir warten auf das erlösende Wort des Ministers, daß nicht auch zu Ende des nächsten Jahres sich wieder derartige Mischlinge einstellen. Freuden-Deutschland hofft und verlangt, daß die Eisenbahnverwaltung besser für das rheinisch-westfälische Gebiet sorgen wird, es hat aber auch das Vertrauen und die Zuversicht, daß der Minister diese Bedürfnisse erfüllen wird. (Beifall im Zentrum.)

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Wir erkennen ohne weiteres an, welche weittragende Bedeutung den Verkehreshemmnissen im Ruhrrevier und den angrenzenden Gebieten für Handel und Verkehr beizumessen ist. Ich habe schon Anfang November den Stand der Störungen dargestellt. Durch die notwendig gemordene Verkehreshemmnisse trat ein, was wir befürchteten: es wurden andere Motive überliefert. Wir haben feststellen müssen, daß die Mangierbahnzüge auf etwa 200 Schnellzüge beschränkt. Die Unregelmäßigkeit des Verkehrs verursacht als eine große Ausnutzung des Personals, das konstante ausbleibt, daß sich das Personal in diesen Zeiten außerordentlich bemüht hat, das es für die schwere Situation, in die es hineingeworfen wurde, volles Verständnis erweist hat. (Beifall.) Die Verkehreshemmnisse im ganzen Lande haben jede Schätzung überflüssig. Bis zum Oktober hinein war die Staatseisenbahnverwaltung imstande, den Verkehr glatt abzumieken. Nach dem heutigen Stand rechnen wir, daß wir 28 000 Wagen stellen können. Unser Wunsch, die gemalten Verkehreshemmnisse zu bewältigen, setzt jedenfalls eine ungeheure Leistungsfähigkeit des ganzen Apparates voraus. Zur Erweiterung der Betriebsmittel und für neue Bahnanlagen haben wir in den letzten Jahren ganz außerordentlich hohe Aufwendungen gemacht. In den Jahren 1907 bis 1912 haben wir aus dem Mitteln des Eisenbahnministeriums nicht weniger als zwei Milliarden und 100 Millionen Mark für neue Bahnen verwandt. Von dieser Summe wurde allein ungefähr ein Drittel für das Ruhrgebiet verwandt. Wir müssen bestritten sein, die gesamten Anlagen in noch umfassenderer Weise auszubauen, als es meinem Plan von 1906 entsprach. Es werden deshalb in einem Nachtragsetz weitere Mittel von dem Hause gefordert werden. Es handelt sich insbesondere um die Anlage neuer großer Abstellbahnhöfe an der Peripherie des Ruhrreviers, sowie um die Schaffung neuer Abfuhrlinien. Die schweren Ereignisse haben Anlaß gegeben zu ersten Nachprüfungen; wenn diese Nachprüfung nicht überzeugt hätte, daß die Verwaltung nicht richtig vorgegangen ist, so würde ich für meine Person die Konsequenzen gezogen haben. Aber ich kann nicht anerkennen, daß an irgend einem Stelle ein Verschulden vorzuliegen hat. Die Vorwürfe wegen mangelnden Wagenparkes sind unbeschäftigt. Das Kohlenprodukt selbst hat die zu erwartende Verkehreshemmnisse unterworfen. Es ist auch gemeint worden, daß wir zu vorfristig und fälschlich in der Anstellung von Personal gewesen sind. Unser Personal ist aber 1911 um 14 000 Köpfe und 1912 um 21 000 Köpfe vermehrt worden, also in außerordentlich großem Prozentverhältnis. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. v. Armin-Jübedom (Konf.) fand die Besprechung der Interpellationen statt.

Abg. v. Armin-Jübedom (Konf.): Meine Freunde sehen die Verkehreshemmnisse für sehr ernst an, sowohl die Schäden für die Unternehmern, wie für die Arbeiter; der Schaden für die Arbeiter kann kaum wieder eingestrichelt werden. Ich muß sagen, daß meine Freunde zum Minister eine schmerzliche Beziehung nicht nachlassen können. Dem Personal kann nur volle Anerkennung ausgesprochen werden.

Abg. Graf v. Spee (Zentr.): Wenn man Schwierigkeiten erheben will, so treffen sie nicht allein die Eisenbahnverwaltung, sondern auch dieses hohe Haus, das an der ganzen Entwicklung mitgewirkt hat. Die Verkehreshemmnisse ist eine ungeheuer einschneidende Maßnahme. Zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten gehört Mut und Kraft, wir freuen uns, daß an der Spitze der Eisenbahnverwaltung ein Mann steht, der diese Eigenschaften hat. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Werber (Freisinn.) An manchen Tagen haben bis zu 80 000 Wagen gelebt, die Zahl der Arbeiter, die Beschäftigten einlegen müßte, ging bis auf 8500 hinaus. Die Baulagen zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Interessenten muß besser werden, damit die zu erwartende Verkehrssteigerung richtiger eingeschätzt werde.

Hg. Dr. Heideberg (Natl.): Abhilfemaßnahmen für die Ralaminität sind: Bahnhofsvermehrungen, der Bau von Abfuhrlinien für das Mühlentier, der größere Ausbau von Nebenbahnen zu Nebenbahnen. Die Verkehrsverhältnisse wären nicht entstanden, wenn die Wassertrassen noch ausgebaut wären. Die Ausbuchtung der Wassertrassen wird aber unterbunden, wenn wir das Schlepplimonopol bekommen. Wir wünschen, daß der Minister sich freimacht von dem Druck, der in finanzieller Hinsicht seine Maßnahmen einengt.

Hg. Gieshoff (Vorfrö. Sp.): Auch das Verstehe Band ist von den Betriebsstörungen arg in Mitleidenhaftigkeit gezogen worden. Die Störungen werden ihren Grund darin haben, daß die fiskalischen Interessen gegenüber den Verkehrsinteressen den Ausschlag geben. Es ist dringend erforderlich, daß eine direkte Verbindung der Verwaltungen Land mit den Beschäftigten Kohlenbetrieben hergestellt wird.

Hg. Dr. v. Breitenbach: Es wird uns geraten, seine Diözesanpolitik zu treiben. Unser Hauptstreben muß immer sein, den Verkehr zu dienen, es können dabei aber finanzielle Interessen niemals außer acht gelassen werden. Besichtig der Frage: Schuld oder Nichtschuld der Eisenbahnverwaltung, sind die Vorgänge, daß wir es an der Ausgestaltung der Betriebsanlagen haben fehlen lassen, durchaus unbegründet.

Hg. Ströbel (Soz.): Der Minister hat ausgeführt, daß ein Mangel an Personal nicht vorgelegen habe. Der Wagenmangel deutet aber darauf hin, daß auch das Personal nicht ausreichte oder daß es überlastet war. Auch die Löhne der Arbeiter sind nicht ausreichend.

Hg. Dr. v. Breitenbach: Gegen die Ausführungen des Hg. Ströbel muß ich Einspruch erheben. Die Löhne der Eisenbahnarbeiter sind ausreichend.

Darauf wurde die Debatte geschlossen.
Der Antrag wurde auf Überweisung der Petition zur Berücksichtigung, wurde angenommen.
Nächste Sitzung Mittwoch 19 Uhr: Interpellationen betreffend Winaerhol und betreffend Berliner Feuerweh.
Schluß gegen 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 3. Dezember 1912.

Am Bundesratstag: v. Kiderlen-Wächter, Velbrück, v. Tirpitz, v. Geringer, Kühn, Kraatz, Vico, Soli, Baderepp.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr.
Auf der Tagesordnung standen zunächst 4 Fragen.

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Vorfrö. Sp.) fragte: Werden die Verbindlichen Regelungen noch in der laufenden Session einen Theatergesamtwurf vorlegen?
Ministerialdirektor Dr. Gaeber: Der Theatergesamtwurf ist ausgearbeitet und wird in den nächsten Tagen den Bühnenintendanten und Bühnengemeinschaften zur Prüfung zugehen. Anfang Januar werden deren Vertreter zu einer Versammlung eingeladen. Von dem Fortgang dieser Versprechungen wird es abhängen, wann der Gesamtwurf vorgelegt werden kann.

Hg. Wamm (Ständl. Rn.) stellte seine Anfrage bezüglich einer reichsdeutschen Gesetzesbestimmung sowie einer internationalen Konvention, um ungelagerte Darstellungen des Bühnenleistungsfähigkeit Parafial unmöglich zu machen.
Staatssekretär des Reichsjustizministeriums Dr. Kiser: Zu der Frage, ob Maßnahmen des Reiches im Sinne dieser Verordnungen angeht und Erfolgs versprechend sein werden, haben bisher die Verbindlichen Regelungen seine Stellung angenommen.

Hg. Dr. Heideberg (Natl.) stellte seine Anfrage, welche Maßnahmen getroffen und geplant sind, um das Deutsche Reich gegen die Einschleppung der Cholera aus dem Baltan zu schützen.
Ministerialdirektor Dr. Gaeber: In Konstantinopel sind in der Zeit vom 5. bis 25. November 615 Erkrankungen, darunter 202 mit tödlichem Ausgang festgestellt worden. Die mehrfach in der Presse erwähnten Fälle von der Verschleppung der Cholera nach anderen Orten der Baltanhalbinsel sind amtlich nicht bestätigt. Die deutschen Vertreter in den in Betracht kommenden Bezirken sind jedoch angewiesen worden, über ein etwaiges Auftreten der Cholera sofort zu berichten. Die Schiffe, die aus türkischen Häfen des Schwarzen Meeres, des Bosporus, des Dardanellen-Meeres und des Ägäischen Meeres nach deutschen Häfen kommen, unterliegen der ständigen Kontrolle. Schiffe aus nichttürkischen Häfen des Schwarzen Meeres und des Ägäischen Meeres sind bei besonderen Aufmerksamkeit der Gesundheitspolizei empfohlen. Die Einfuhr von Reiswägen, getrockneten Meeres, getrocknetem Getreide, Lumpen und Ockern aus der Türkei ist so wie so schon verboten. Ein Eisenbahnverkehr mit den verdächtigem Gegenden findet zur Zeit nicht statt. Andere Maßnahmen kommen nach dem Ergebnis der ärztlichen Untersuchungen nicht in Frage. Das internationale Übereinkommen bezüglich nicht in Abwehrmaßnahmen, sondern darin, möglichst vollkommene Einrichtungen im eigenen Lande zu treffen.

Darauf wurde die Erörterung über die aus der letzten Sitzung in der Generaldebatte des Reichsausschusses für 1913 fortgesetzt.

Hg. v. Pappe (Vorfrö. Sp.) polemisierte gegen den Hg. Ledebour. (Anschließend erwiderte Reichsanwalt Dr. v. Weismann Collogue am Bundesratstag.) Bei allen Dingen gibt die Rede des Reichsanwalts eine klare Antwort auf die Frage, in welchen Fällen wir hinter unsere Bundesgenossen mit Waffengewalt schreiten wollen. Ich kann namens meiner Partei erklären, daß wir mit der auswärtigen Politik des Reichsanwalts zur Zeit einverstanden sind. (Zustimmung links.) Was dem, was sich in den letzten Wochen und Monaten abgepielt hat, und aus dem, was wir achten gehört haben, haben wir keine Erfahrungen entnehmen können, die zu einem Tadel der bereiteten auswärtigen Politik berechtigen würden. Man hat den Eindruck bekommen, daß unsere Diplomatie seit Ausbruch des Krieges behindert gewesen ist, zu vermitteln, den Frieden zu stiften, aber auch unser Können zu wahren. Die Haltung der Regierung ist von der höchsten Spitze tief in weite Schichten des Volkes hinein wesentlich erleichtert worden durch eine weite Juristralität. Die Presse hat ein feines Verständnis dafür gezeigt, darauf es ankommt, daß in der Bewäl-

tung das Gefühl der Sicherheit und Ruhe, und das Vertrauen auf die Leistung unserer auswärtigen Angelegenheiten zur Zeit nicht erschüttert darf. (Sehr richtig! links.) Daneben sind wenig erfreuliche Ausnahmen zu verzeichnen. Im Kleinen ist in den letzten Monaten und Wochen, was die Störung der Ruhe im Reich angeht, ziemlich viel geschähen worden. Verbänden des göttlichen Wortes haben die Ränge zu trügerischen Ansprüchen an ihre Zuhörer gebraucht. Die Religion verabschiedeter Offiziere zu papiernen Unterlegen ist neuerdings läppig ins Spiel gekommen. Auch im Bereich lebender Offiziere, auch Offiziere, die in Kontrollverhältnissen funktionieren, nehmen gar häufig Gelegenheit, die Mannschaften mit chauvinistischen Redensarten zu regalisieren. Schädlich hat auch die Sensationspresse gemüht. Es sind Bemerkungen der öffentlichen Meinung in einem Maße dadurch eingetreten, daß schwere finanzielle und andere Sorgen die Folge waren. Weiter ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen auf die Häufung der Volksvereinsammlungen und internationalen Versammlungen, welche die Sozialdemokratie hat einleiten lassen. Kommt es zum Ernstfall, so werden dafür so gewichtige Gründe vorhanden sein, daß alle Volkserwerbungen der Welt dagegen nicht aufkommen. Wenn es ernst wird, gibt das Gefühl für Daus und Hof, für Weib und Kind weit über alles internationale Solidaritätsgesühl hinaus den Ausschlag. (Vehafte Zustimmung.) Der schon so oft vorgelagte Dreißend, der die letzten Jahre sehr zurückgezogen gelebt hat, ist jetzt zu neuem Leben erweckt worden. Die Ausführungen des Herrn v. Kiderlen über unser Verhältnis zu England haben wir gestern mit starkem Beifall unterzogen. Das ist vollständig nicht der Schicksal, sondern der gute Anfang einer Verhältnisumkehr. Das Einverständnis der Balkanfrage eingesehen, hat keinen Zweck; es kommt jetzt nur darauf an, sie in ihrer Gesamtheit zu beurteilen. Ich habe doch den Eindruck, daß noch große politische Verwickelungen auf dem Balkan kommen können. Wir können nur die Mahnung an die Regierung richten, daß sie ihr faires Ziel beizubehalten möge, und für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa eintrete. Die Aufgabe der Regierung in diesen Nachahlsausenbeziehungen da branten scheint mir ziemlich klar gegeben zu sein. Die Regierung muß bei diesen Auseinandersetzungen auf dem Vollen bleiben, den uns unsere Größe und unsere Widerstandskraft ausmacht und bisher schon unerschütterlich hat; dann kann sie sicher sein, fast ausnahmslos das deutsche Volk hinter ihrer Politik zu haben. (Vehafte Beifall links.)

Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt Zimmermann: Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes ist durch eine anderweitige dringende dienstliche Obliegenheit zu seinem Schweben verabschiedet, heute schon zu dieser Stunde zu erscheinen. In seiner Vertretung bitte ich, die gestrige Frage des Hg. Spahn, ob durch das neue spanisch-französische Marokko-Abkommen uns unsere Interessen in Marokko verletzt sind, beantwortet zu dürfen. Ich bin in der Lage, diese Frage verneinen zu können. Das Abkommen ist von uns eingehend geprüft worden. Es befindet sich im Einklange mit unseren Marokko-Abkommen, und es ist nicht zu erwarten, daß das Abkommen mit uns nur in zwei an sich nicht bedeutungsvollen Punkten insoweit eine wohl nicht ganz präzisen Ausdrucksweise Anlaß zu Beanstandungen geben. Der eine Punkt ist inwieweit durch bündliche Erklärungen der Regierung in Paris und Madrid in betriebsändernde Weise erledigt worden. Über den zweiten Punkt sprechen noch Erörterungen, die zuversichtlich eine befriedigende Lösung ergeben werden. (Beifall.)

Hg. v. Zumpfen (Vorfrö. Sp.) Die letzten Kämpfe auf dem Balkan haben für uns Polen ergeben, daß es mit überholten Unterdrückung einmal ein Ende, mondmal ein Ende mit Schrecken nehmen muß. Wenn die preußisch-deutsche Politik sich auf das Bündnis mit Österreich stützt, soll sie doch bedenken, ob sie nicht mit ihrer Außenpolitik den Akt obliegt, auf dem sie liegt. Die preußische Außenpolitik, die zur Einseitigkeit, dieser Krone aller Schändlichkeiten, greift, ist zu verdammen. (Präsident Dr. Kaempf rief den Redner zur Ordnung.) Ich bin der deutschen Sprache nicht so mächtig, um mich ganz einwandsfrei auszudrücken. (Lachen.)

Hg. Dr. David (Soz.): In der bisherigen Debatte hat man der Regierung von allen Seiten ein Vertrauensvotum ausgesprochen. Auch wir verlangen nicht, daß die Regierung sich in einer sehr schwierigen Lage befindet. Der Ernstfall durch die Gevorf der unzuständigen und die Charpids der österreichischen Kriegswaffen hindurchzuführen. Wir haben niemals einen Zweifel darüber gefaßt, daß auch wir für Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Österreich wie des Dreißendes überhaupt sind. Der Vertrag ist doch aber mit der ausgeprochenen Ufficht gegründet worden, daß er vollständig denselben wirken soll, zumal gegenüber ruffischen Drohungen. Die serbische Soldatenfrage darf keine Frage werden, um dertwillen deutsche Truppen marschieren. Deshalb darf kein allgemeiner europäischer Krieg ausbrechen! (Vehafte Zustimmung bei den Soz.) Wir haben uns über die gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs v. Kiderlen gefreut und hoffen, daß wir die Staatsminister alles ansetzen werden, eine dauernde Verabredung mit England herbeizuführen. Eine Kriegserklärung an England würde sofort der deutschen Industrie und dem deutschen Handel empfindliche Geleite in der Welt verurteilen. Wird das Verhältnis zwischen Deutschland und England dauernd ein besseres, so ist damit auch eine Wende nach Frankreich geschlossen. Die Verabredung der Westmächte Deutschland, England und Frankreich, ein Bündnis dieser drei Mächte würde die sicherste Garantie gegen einen Weltkrieg sein. Bestenfalls sich die westlichen Kulturvölker, so werden die Slawen den Vorteil haben. Auf dem Balkan haben wir nur wirtschaftliche Interessen zu vertreten, auch wir verlangen dort die offene Tür für unsere Waren, für unsere Verkehr; hierzu gehört auch die Bagdadbahn. Ob wir eine einseitige Lösung der Balkanfrage vor uns haben, steht dahin; aber auf dem Wege des Krieges und der Kriegserklärung wird ein dauernder Zustand jedenfalls nicht aufkommen.

Hg. Hirsch zu Koenigsstein-Vertheim-Hofenberg (Zentr.) polemisierte gegen den Hg. Dr. David. Die Identität der österreichischen Kriegspartei mit der Herkulan Partei muß ich ablehnen. Wir sind auch nicht die Vertrauensmänner des Erzbischofs Franz Beckhmann, den wir als erprobten Freund Deutschlands schätzen. Wir bürgerlichen Parteien haben das energische Eintreten der Regierung für Österreich geschätzt. In dem Bestreben, einen weiteren Krieg fernzuhalten, stimmen sie gewiß mit der Sozialdemokratie überein, ebenso auch alle Kabinete Europas. Ist trauriger Form aber hat sich die Sozialdemokratie in Basel zu dem bekennt, was die altmodischen bürgerlichen Parteien als Vaterlandsverrat bezeichnen. Ich möchte der deutschen Sozialdemokratie Gelegenheit geben, sich offen und radikallos darüber zu äußern, ob auch sie in Deutschland einen Krieg durch eine Revolution verhindern wolle. (Bewegung.) Ich habe diese Frage in die Form eines persönlichen Angriffs. Ich be-

haupt, Sie, Herr Ledebour, und Ihre Freunde wollen gegebenenfalls einen Krieg Deutschlands durch eine Revolution verhindern. (Beifall.) Bei dem bevorstehenden internationalen Kongress möge die deutsche Regierung darauf sehen, daß die religiöse Freiheit der Baltanvölker gewährleistet wird. Es wäre auch gut, wenn die Konferenz sich das Ziel weiter erziele und gleichzeitig auch die Verhältnisse in anderen kleineren europäischen Staaten, besonders Portugal berücksichtige. Durch den Baltantrieb ist das Verhältnis zwischen Italien und Österreich immer geworden. England war mit uns zusammen bemüht, den Frieden zu wahren. Wenn sich unser Verhältnis zu England noch länger gestalten würde, dann würde es das ganze deutsche Volk mit Freude begrüßen. (Vehafte Beifall im Zentrum.)

Hg. Ceret (Natl.): Einrückungswörter wäre vielleicht gemeint, hätten wir uns in kurzen Erklärungen hinter die Regierung gestellt. Wir hoffen, daß der Dreißend eine dreieidige glückliche Ehe bleiben wird, (Große Beifall) und daß Italien von der Extraktur zu ihrem früheren Länger zurückgeführt worden ist. (Vehafte Beifall.) Ist einer unserer Dreißendfreunde in seiner Eifersucht gefaßt, so müssen wir für ihn stehen. Ich spreche dem Reichsanwalt für dieses scharfe, populäre Wort meinen Dank aus. Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen zu England, aber das Vertrauen muß auf beiden Seiten liegen. Wir wünschen den Krieg nicht um des Krieges willen, aber es ist nicht zu erwarten, daß der Krieg eine weitgehende Notwendigkeit sein kann. Darum müssen wir unsere Jugend kriegerisch und fleißig erziehen. Unsere Kriegswaffen muß erstklassig sein. Bei den Baltanverträgen hat sich unsere Waffe ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Das Christentum sollte nicht in die Politik hineingezogen werden. Auch wir wünschen als Christen den Frieden, den ewigen Frieden herbei. Es geht aber nicht an, das Christentum dafür verantwortlich zu machen, daß der Krieg noch nicht aufgehört hat. Der Ungeschick Friede auf Erden" wird nicht Wahrheit werden, wenn nicht gleichzeitig bei allen Völkern und Nationen der erste Teil Wahrheit wird: "Es ist Gott in der Höhe." (Vehafte, anhaltender Beifall rechts und im Zentrum, Pfiffen und Lachen.)

Hg. v. Rühlmann (Natl.): Wir danken der Regierung für die Erklärung über das Marokko-Abkommen. An dem Bundesrat des Baltankrieges hat Deutschland keine Schuld. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, den in der Türkei herrschenden Schandfrieden zu befestigen. Eine etwa in Österreich bestehende Kriegspartei hat unsere Sympathien nicht. Das hindert uns aber nicht, uns in dieser schmerzlichen Zeit an die Seite unseres Bundesgenossen zu stellen. Wir müssen das deutsche Volk, wenn wir auch nicht den ewigen Frieden herbeiführen können, möglichst davon sichern, daß es bei einem eventuellen Konflikt unterliegt.

Hg. Bergap (Vorfrö. Sp.): Vollständig führt der Balkanstillstand zu einem dauernden Frieden und wird jede Gefahr eines Umgehens des Krieges auf dem Balkan vermeiden. Die guten Beziehungen zu England sind zu begrüßen. Man bitte sich aber zu großem Optimismus.

Hg. Gaebe (Soz.): Die Jugend sollte zu den hohen Idealen der Menschheit, nicht zur Menschenföchtlichkeit erziehen werden. Die Abwertung wäre sehr wohl durchführbar. Alle Mittel müssen angewendet werden, um es nicht zum Ruherthen kommen zu lassen. Wir wünschen, daß die freundschaftlichen Beziehungen mit England nicht nur enger geknüpft, sondern auch mit dem Inhalt erfüllt werden, den ihnen zu geben die Mission des Vord Barbans war. (Beifall bei den Soz.)

Damit schloß die Erörterung der auswärtigen Politik.

Die dem gleichen Gegenstand betreffenden Interpellationen der National Liberalen und der Sozialdemokraten wurden durch die gestrige und heutige Erörterung für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Staatsberatung, innere Angelegenheiten.

Schluß 7 Uhr 30 Minuten.

Deutsches Reich.

* Prinz Heinrich wird vor seiner Abreise aus London König Georg in Sandringham einen Besuch abstatten.

Der italienische Minister des Auswärtigen mit dem Schwarzen Adlerorden dekoriert.

Wie im „Reichsanzeiger“ mitgeteilt wird, hat Kaiser Wilhelm dem italienischen Minister des Auswärtigen Mardebi di San Giuliano den Schwarzen Adlerorden verliehen.

* Die sächsische Zweite Kammer hat gestern nach fünfjähriger Befassung die von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Volksausgleichsgesetzes mit mehreren grundlegenden Abänderungen angenommen. Danach wird u. a. beschloffen, die Einführung der allgemeinen Volksschule mit einer höheren Abteilung vom dritten Schuljahre an, ferner Schulfreiheit, konfessionelle Volksschule, Befreiung der Dienstverpflichteten vom Religionsunterricht, Einrichtung der obligatorischen Mädchenfortbildungsschule, Wegfall des Lebensnötigen der Befreiungsbüro durch den Lehrer, die Möglichkeit, daß Frauen Mitglieder des Schulvorstandes sein können, sowie die Einführung eines Schulausschusses. Die Abstimmung war eine namentliche, die Annahme erfolgte mit 61 gegen 28 Stimmen. Die Konserverativen stimmten gänzlich dagegen. Ein Nationalliberaler enthielt sich der Abstimmung. Das Gesetz geht nunmehr an die Erste Kammer, die daselbe in der ihm von der Zweiten Kammer gegebenen Fassung feinesfalls annehmen wird.

Die Drahtabrede des Reichsanwalts von Weismann Collogue an den Baltan von der „Juta“ demontiert. Die „Reif. Ztg.“ kommt auf die bekannte Aeußerung des Reichsanwalts gegenüber einem Führer des Zentrums zurück, dem gegenüber sich der Reichsanwalt mißbilligend über die letzte Ungültigkeit des Baltan-Singulari quidam ausgesprochen und im Weiteren mit dem Hinweis der diplomatischen Beziehungen zum Baltan gebotigt haben sollte. Diese Werbung ist imphischen von der „Juta“, einer katholischen Streifen nachstehenden Telegraphen-Agentur, als vollständig erfinden bezeichnet worden. Mit Bezug auf dieses Demontiert tritt jetzt die „Reif. Ztg.“ folgende Erklärung der „Juta“ entgegen: Wir haben guten Grund zu glauben, daß die „Juta“, wenn sie das sagt, nicht gut, aber nicht genau unterrichtet ist. Sie ist aber jedenfalls, wenn angenommen wird, daß eine solche Drahtabrede in der „Reif. Ztg.“ angegebener Worten entfihrte. Man betradete die Zeit des Bundesrats gegen

Hygiene-Sessel : nur la. Arbeit : **Club-Sessel**
Möbel-Fabrik C. Hauptmann Poststrasse 3.
Kl. Ulrichstrasse 36 a u. b.

